Mitglieder der Verwaltung

Name	Funktion	Anwesenheitsgrund
Frau Heidi Seeling	Behinderten- und Ausländerbeauftragte	Zu allen TOP
Frau Simone Schurig	Schul- und Sportreferentin	Zu TOP 1.3.
Herr Eric Hoffmann	Fachbereichsleiter Jugend/Soziales/Schulen/Sport	Zu allen TOP
Herr Frank Zabel	Koordinator Kommunalen Präventionsrat	Zu TOP 1.3.
Herr Martin Gabriel	Fachgebietsleiter Polizeibehörde	Zu TOP 10.1.-10.3.
Herr Eike Richter	Justiziar	Zu TOP 10.1.-10.3.
Frau Carola Blume- Brake	Fachbereichsleiterin Haupt- und Personal- verwaltung	Zu TOP 7.1.
Herr Martin Hofmann	Sachbearbeiter Rechnungsprüfungsamt	Zu allen TOP

weitere Sitzungsteilnehmer

Name	Anwesenheitsgrund
Herr Swen Uhlig, Freie Presse	Öffentlicher Teil
Frau Jasmin Trautloft, Verbraucherzentrale Plauen	TOP 3.
Frau Anja Merkel, Mobile Jugendarbeit Plauen e.V.	TOP 6.

Tagesordnung: **öffentlicher Teil:**

1. Eröffnung der Sitzung
- 1.1. Tagesordnung
- 1.2. Beantwortung von Anfragen
- 1.3. Informationen des Bürgermeisters
2. Einwohnerfragestunde
3. Vorstellung der neuen Leiterin sowie Berichterstattung über die vielfältigen Angebote der Verbraucherzentrale in Plauen - Vortragende: Jasmin Trautloft, Leiterin der Verbraucherzentrale in Plauen
4. Information
- 4.1. Förderung der Jugendverbände und Jugendgruppen 2023
0836/2023
5. Information zur Ausschreibung Kita-Mittagessen
6. Antrag der CDU-Fraktion - Vorstellung der Arbeit der Mobilen Jugendarbeit Plauen e.V. - Reg.-Nr. 337-23 - Berichterstattung durch Vertreter des Vereins Mobile Jugendarbeit Plauen e.V. (MJA Plauen e.V.)
7. Vorberatung
- 7.1. Antrag der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion - Schaffung einer neuen Sozialpädagogen-Stelle -, Reg.-Nr. 342-23
8. Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)
1. **Eröffnung der Sitzung**

Die 34. Sitzung des Bildungs- und Sozialausschusses wird von Herrn Tobias Kämpf, Bürgermeister GB I, durch Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit eröffnet und geleitet.

Gemäß aktueller Änderungen in § 39 SächsGemO weist Herr Tobias Kämpf, Bürgermeister GB I, darauf hin, dass eine Verletzung von Form oder Frist der Ladung eines Ausschussmitglieds als geheilt gilt, wenn das Mitglied zur Sitzung erscheint und den Mangel nicht spätestens bei Eintritt in die Tagesordnung der Sitzung geltend macht.

Mit Einverständnis des Bildungs- und Sozialausschusses werden zur Mitunterzeichnung der Niederschrift über die heutige Sitzung Frau Stadträtin Uta Seidel, Fraktion DIE LINKE. und Herr Stadtrat Prof. Dr. Dirk Stenzel, CDU-Fraktion, bestellt.

1.1. Tagesordnung

Die Tagesordnung über den öffentlichen Teil wird bestätigt.

1.2. Beantwortung von Anfragen

Es sind keine Anfragen offen.

Die letzte Anfrage bezüglich eSeF wurde heute beantwortet und postalisch an Frau Uta Seidel, Fraktion DIE LINKE., übermittelt.

1.3. Informationen des Bürgermeisters

Herr Tobias Kämpf, Bürgermeister GB I, möchte zum Thema Schulanmeldung informieren und bittet die Schul- und Sportreferentin Frau Simone Schurig, zum Stand der durchgeführten Schulanmeldungen für das Schuljahr 2023/24 zu berichten.

Frau Simone Schurig, Schul- und Sportreferentin, informiert, dass die erstmalige zentrale Schulanmeldung vom 22.08. bis 09.09.2022 im Rathaus stattfand. Von den zu erwartenden 607 Schulanfängern haben sich 531 angemeldet. Somit waren nach 3 Wochen noch 76 Anmeldungen ausstehend.

Unter Berücksichtigung aller Zu- und Wegzüge sind nach dem aktuellen Stand noch 2 Anmeldungen offen. Die Bearbeitung erfolgte in enger Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsamt und der Schulaufsicht des Vogtlandkreises sowie dem Landesamt für Schule und Bildung in Zwickau.

Am 06.04.2023 fand ein gemeinsamer Abstimmungstermin mit den Schulleitern und Schulleiterinnen der jeweiligen Schulbezirke statt. Anschließend fand ein weiterer Termin mit dem Landesamt für Schule und Bildung statt, bei dem die Klassenbildung sowie die notwendigen Umlenkungen beschlossen wurden.

Am 26. Mai 2023 wurden die Bescheide zur Schulaufnahme durch die Grundschulen an die Eltern erteilt. Die Klassenbildung (Stand 13.06.2023) ist wie folgt aufgegliedert:

- **Schulbezirk 1:** Die Grundschule Reusa startet mit 2 Klassen und 50 Schülern, die Grundschule Am Wartberg mit 2 Klassen und 54 Schülern.

- **Schulbezirk 2:** Die Grundschule Astrid Lindgren hat 2 Klassen und 52 Schüler. Die Grundschule Herbart beginnt mit 1 Klasse und 24 Schülern und die Grundschule Oberlosa hat ebenfalls 1 Klasse mit 26 Schülern.

- **Schulbezirk 3:** Die Grundschulen Neundorf und Kuntzehöhe werden jeweils mit 2 Klassen und 46 Schülern an den Start gehen. Die Grundschule Erich-Ohser hat ebenfalls 2 Klassen mit insgesamt 44 Schülern.

- **Schulbezirk 4:** Die Grundschule Karl-Marx hat 4 Klassen mit insgesamt 104 Schülern, die Grundschule Jößnitz beginnt mit 2 Klassen und 54 Schülern, an der Grundschule Friedrich Rückert werden 2 Klassen mit insgesamt 53 Schülern eingerichtet.

Es wurden einige Umlenkungen vorgenommen. Zwischenzeitlich gab es die Überlegung an der Grundschule Am Wartberg eine dritte Klasse zu eröffnen, dies wurde jedoch aufgrund von Weg- und Umzug nicht in Betracht gezogen.

Die nächste zentrale Schulanmeldung findet vom 15.08.2023 bis zum 14.09.2023, jeweils dienstags und donnerstags in der Zeit von 14:00 bis 18:00 Uhr statt, jedoch nicht mehr im Rathaus, sondern in der Mehrzweckhalle Kasernenstraße.

Am 14.06.2023 fand eine gemeinsame Beratung mit allen Leiterinnen der kommunalen Kindertageseinrichtungen und der freien Träger zum Thema Schulanmeldung für 2024/25 statt. Dabei wurde nochmals der Ablauf der Schulanmeldung vorgestellt mit der Bitte Informationsblätter an die Eltern auszugeben, auch mit dem Hinweis, dass andere Termine im Schul- und Sportreferat vereinbart werden können.

Darüber hinaus gab es zwischendurch Abstimmungstermine mit allen Beteiligten (Gesundheitsamt, Schulüberwachungsbehörde) zur besseren Gestaltung der Prozesse bei der künftigen Schulanmeldung.

Herr Tobias Kämpf, Bürgermeister GB I, bedankt sich bei Frau Schurig für die ausführlichen Informationen sowie für die vorgenommenen Veränderungen in der Struktur und dem gesamten Ablauf.

In weiteren Verlauf wird Herr Eric Hoffmann, Fachbereichsleiter Jugend/Soziales/Schulen/Sport über den Online-Wohngeldantrag berichten.

Herr Hoffmann teilt mit, dass der Wohngeldantrag online über das Portal „Amt 24“ bei der Stadt Plauen beantragt werden kann. Leider kam es seit dem letzten Herbst immer wieder zu Verzögerungen bei der Realisierung. Am 12.10.2022 wurde der Antrag bei der KISA gestellt. Zunächst mussten die technischen Möglichkeiten geschaffen werden. Zwischenzeitlich wurde ein Behördenpostfach für die Wohngeldstelle sowie die Funktion für die Übermittlung von Änderungsmitteilungen eingerichtet.

Für die Nutzung von „Amt 24“ wird jedoch ein Servicekonto vorausgesetzt. Daher besteht noch eine gewisse Zurückhaltung, bisher sind 11 Wohngeldanträge über das Onlineportal eingegangen. Man ist froh die neue Serviceleistung etablieren zu können, in der laufenden Bearbeitung führt es jedoch zu Mehraufwand, die Fehlerquote fällt relativ hoch aus. Auch die Nachfragequote und Nachforderungen sind bei der Sachbearbeitung von Onlineanträgen noch sehr hoch, daher sind weitere Nachbesserungen im Prozess auf jeden Fall notwendig.

Durch viele Neueinstellungen in der Wohngeldstelle, anschließende Einarbeitung des neuen sowie die Einstellung des vorhandenen Personals auf die neue Rechtslage und Durchführung der Schulungen führten zur Doppelbelastung. Dennoch freut man sich über die neue Serviceleistung für die Bürgerinnen und Bürger online erreichbar zu sein.

Herr Tobias Kämpf, Bürgermeister GB I, sagt, trotz der anfänglichen Schwierigkeiten war es wichtig den Onlineantrag auf den Weg zu bringen. Nun ist es wichtig, den Prozess auszuwerten, um ggf. die Funktionen zu überarbeiten und die technischen Fehler zu beheben.

Im weiteren Verlauf stellt Herr Frank Zabel, Koordinator Kommunaler Präventionsrat, die Ergebnisse aus den Befragungen des KPR zum Freizeitverhalten von Jugendlichen und Wünsche in Bezug auf den Postplatz sowie die geplanten Präventionsmaßnahmen anhand einer Präsentation vor.

Die Präsentation des KPR wird allen Fraktionen zur Verfügung gestellt und im Session unter

dem Tagesordnungspunkt eingefügt.

Herr Zabel ergänzt, dass die Mobile Jugendarbeit ihr Beratungsangebot, anders wie in seiner Präsentation dargestellt, nun doch nicht in das ISP Gebäude verlagert, sondern weiterhin an ihrem alten Standort am Tunnel verbleibt.

Herr Tobias Kämpf, Bürgermeister GB I, fügt hinzu, dass die von Herrn Zabel genannten Faktoren dazu beitragen, die Situation um den Postplatz zu verbessern, eine Anlaufstelle zu schaffen mit dem Ziel Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen ein anderes soziales Umfeld bieten zu können und sie besser mit den Vereinen in Kontakt zu bringen.

Zu der Befragung am Tunnel sind zahlreiche Themen angesprochen worden. Die Mehrzahl an Forderungen aus der Bürgerschaft gingen ganz klar in die Richtung Alkoholverbotzone, Videoüberwachung, mehr Bestreifung insbesondere in den Nachtstunden sowie konsequente Abschiebung von ausreisepflichtigen bzw. straffälligen Migranten. Das waren die Hauptforderungen, die geäußert worden sind.

Für manche Kritik ist die Stadt Plauen nicht zuständig, diese Punkte wurden an die entsprechenden Stellen weitergeleitet, einige Punkte sind bereits angelaufen oder es liegen bereits Anträge vom Stadtrat vor. Die Forderungen aus der Bürgerschaft decken sich größtenteils mit den Forderungen aus dem Stadtrat überein, so Herr Bürgermeister Kämpf weiter.

2. Einwohnerfragestunde

Es sind keine Einwohner anwesend.

3. Vorstellung der neuen Leiterin sowie Berichterstattung über die vielfältigen Angebote der Verbraucherzentrale in Plauen - Vortragende: Jasmin Trautloft, Leiterin der Verbraucherzentrale in Plauen

Herr Bürgermeister Kämpf begrüßt Frau Jasmin Trautloft, die neue Leiterin der Verbraucherzentrale Plauen.

Frau Trautloft stellt die vielfältigen Angebote der Verbraucherzentrale anhand einer Bildschirmpräsentation vor. Die Präsentation wird dem Tagesordnungspunkt in Session angefügt.

Herr Bürgermeister Kämpf bedankt sich bei Frau Trautloft für die ausführliche Vorstellung. Anschließend können die Stadträte und Stadträtinnen ihre Fragen stellen.

Herr Stadtrat Mario Dieke, AfD-Fraktion, beklagt, dass die Verbraucherzentrale nur einmal in der Woche nachmittags geöffnet ist und schlägt vor, noch einen weiteren Tag nachmittags zu öffnen.

Frau Trautloft antwortet, dass am Dienstag bis 18:00 Uhr und an restlichen Tagen bis 16:00 Uhr geöffnet ist. Sie nimmt den Hinweis gern mit und wird versuchen die Öffnungszeiten nach dem Sommerurlaub zu erweitern.

Herr Stadtrat Eric Holtschke, SfI-Fraktion, möchte wissen, wieviel Rechtsberatungen im Jahr in Plauen durchgeführt werden.

Frau Trautloft kann zu den genauen Zahlen leider nichts ausführen. Derzeit sind die Rechtsberatungen sehr stark gefragt. Es werden auch Härtefallberatungen angeboten, bei denen die Verbraucher unterstützt werden, den Zuschuss für Strom und Gas online beantragen zu können. Im Schnitt finden derzeit täglich ca. 10-12 Beratungen zu diesem Thema statt. Dazu kommen noch viele Telefonanfragen. In Auerbach zum Beispiel finden 12 Termine pro Tag statt, die überwiegend auf die Rechtsberatungen zurückzuführen sind. Es ist immer von den aktuellen Themen abhängig.

Herr Sebastian Loik, sachkundiger Einwohner, fragt an, ob die Bürger mit dem niedrigen Einkommen oder Sozialleistungen den Beratungshilfeschein für die Rechtsberatung nutzen dürfen und dieser über die Justizkasse abgerechnet wird, sodass für sie keine Kosten entstehen.

Frau Trautloft sagt, dass die Beratungshilfescheine zwar nicht genutzt werden können, jedoch aber ein gewisser Spielraum in Bezug auf den Beitrag besteht. Wenn jemand nachweislich ein geringes Einkommen hat oder Sozialleistungen erhält, kann der Beratungsbetrag durchaus gesenkt werden.

Frau Stadträtin Uta Seidel, Fraktion DIE LINKE., dankt Frau Trautloft und ist erfreut, dass die Verbraucherzentrale nun auch die Prüfung der Pflegeheimverträge übernimmt. Sie möchte wissen, ob eine Zusammenarbeit mit dem Pflegenetzwerk angestrebt wird.

Frau Trautloft antwortet, dass die Zusammenarbeit zwar besteht, jedoch noch nicht so intensiv ist. Bei entsprechenden Anliegen verweist sie oft an das Pflegenetzwerk. Die Kooperation ist auf jeden Fall noch ausbaufähig.

Frau Stadträtin Seidel nimmt Bezug auf einen Bericht der Freien Presse, wonach bei der Bevölkerung für die Teilnahme an einer Befragung mit einem 5-Euro-Schein per Brief geworben wird. Gerade die ältere Generation kann die Seriosität solcher Aktionen nicht mehr unterscheiden. Diese Methode ist äußerst fragwürdig. Ferner möchte sie wissen, wie die Verbraucherzentrale solche Aktionen beurteilt und ob darauf reagiert wird.

Frau Trautloft ist der Bericht bekannt. Sie schildert, dass es dabei um eine Bevölkerungsumfrage von ALLBUS handelt, bei der den Bürger und Bürgerinnen zusammen mit dem Fragebogen 5,00 Euro per Brief versandt werden. Die Bürgerschaft ist verunsichert und es kommen Fragen auf, was sie mit dem Geld tun sollten, wenn Sie an der Befragung gar nicht teilnehmen möchten.

Auf Nachfrage der Verbraucherzentrale teilte die Firma mit, dass der Geldschein eine Art Motivation sein soll, weil ansonsten sehr wenig Menschen an Befragungen teilnehmen. Das gehört zu den neuen Methoden, um ein breiteres wissenschaftliches Ergebnis abbilden zu können. Natürlich bleibt es ein schwieriges Thema, wenn es bei der Befragung um die Datenweitergabe geht.

Herr Bürgermeister Kämpf bedankt sich nochmal bei Frau Trautloft und wünscht dem Team der Verbraucherzentrale weiterhin viel Erfolg bei den Beratungstätigkeiten und bei der Durchsetzung der Interessen unserer Bürgerschaft.

4. Information

4.1. Förderung der Jugendverbände und Jugendgruppen 2023, 0836/2023

Herr Eric Hoffmann, Fachbereichsleiter Jugend/Soziales/Schulen/Sport, erläutert die Informationsvorlage, *Drucksachenummer 0836/2023*.

Ferner berichtet er, dass schwankende Mitgliederzahlen zu verzeichnen sind. Zudem sind 2 Vereine, Zumba e.V. und Schöne Welt e.V. aus der Förderung rausgefallen sind. Zumba e.V. wird dieses Jahr über den Kreissportbund gefördert, Schöne Welt e.V. hat den Antrag zurückgezogen und somit auf die Förderung verzichtet.

Daraus ergeben sich 573 geprüfte Mitglieder, die gefördert werden. Die Förderpauschale in Höhe von 15,00 Euro ist aus dem Vorjahr beibehalten worden.

Somit wird der Haushaltsplan mit den geplanten Mitteln von 16.000,00 Euro vollumfänglich erfüllt und wir fördern die Mitglieder laut der Richtlinie mit einer Gesamtfördersumme von 11.095,00 Euro. Die restlichen Fördermittel von 4.905,00 Euro werden auf die Verbände auf-

geteilt, so Herr Hoffmann weiter.

Frau Theresia Schumann, sachkundige Einwohnerin, möchte wissen, wie die Vereine von dieser Förderung erfahren. Werden die Vereine aktiv von der Stadt Plauen angesprochen oder darüber informiert.

Herr Hoffmann führt aus, dass die Jugendverbände, die die Förderung bereits erhalten, schon relativ gut informiert sind. Auch zwischen den Vereinen selbst herrscht ein reger Austausch bezüglich der Fördermittel. Der Informationsfluss funktioniert gut, auch über die Webseite kann man sich über die Förderung informieren. Bei neuen Jugendverbänden wird ebenfalls auf die Förderung hingewiesen.

Herr Stadtrat Eric Holtschke, SGI-Fraktion, möchte gern erfahren, nach welchen Kriterien die tatsächliche Mitgliederanzahl ermittelt wird. Ist es korrekt, dass im Antrag die Anzahl der Mitglieder vom Verein eingereicht wird und nach der Antragsprüfung durch die Stadt Plauen die tatsächliche Mitgliederzahl korrigiert wird, fragt Herr Holtschke weiter.

Herr Hoffmann erklärt, dass die Vereine Listen mit all ihren Mitgliedern einreichen. Wie in der Richtlinie festgelegt, können jedoch nur die Mitglieder von 6-27 Jahren mit dem Wohnsitz in Plauen gefördert werden. Es kann daher zu Abweichungen im Alter oder Wohnsitz kommen. Dadurch erklären sich die Differenzen in der Mitgliederanzahl laut Antrag und der tatsächlichen Mitgliederzahl.

5. Information zur Ausschreibung Kita-Mittagessen

Herr Bürgermeister GB I Tobias Kämpf erklärt, dass das Thema Mittagessen den Fachbereich und insbesondere ihn in den letzten Monaten sehr belastet hat. Kurzfristige Kündigung seitens des Serviceanbieters und ohne kurzfristige Alternativen, musste zunächst der höhere Preis akzeptiert werden und gerade kleine Kitas im ländlichen Bereich mussten sogar eine Zeit lang ohne Serviceanbieter auskommen.

Die Eltern haben dennoch großartig reagiert und unterstützt. Dafür einen großen Dank an die Eltern und die Kitaeinrichtungen, die die Zeit ohne Serviceanbieter gut zusammen gemeistert haben. In Zukunft soll es solche Vorkommnisse nicht mehr geben. Grund dafür war, dass die Service- und Essensanbieter unterschiedliche Verträge hatten. Somit mussten wir den vorzeitigen Ausstieg des Serviceanbieters kompensieren, so Bürgermeister Kämpf weiter.

Der Preis von 5,11 Euro stellte eine große Belastung für die Familien dar. Daher war es der Stadt Plauen bei der Ausschreibung im Losverfahren wichtig, das Mittagessen kostengünstig und dennoch in guter Qualität anbieten zu können.

Nun konnte der Preis von max. 4,70 Euro oder noch günstiger je nach Los erreicht werden. Herr Bürgermeister Kämpf bedankt sich ebenso bei dem Justizariat, der Vergabestelle sowie dem Fachbereich Jugend/Soziales/Schulen/Sport, die das entsprechende Konzept erarbeitet haben.

Herr Eric Hoffmann, FBL Jugend/Soziales/Schule/Sport, ergänzt, dass durch die Preiserhöhung und Kündigung des Serviceanbieters zum 31.08.2023 die Stadtverwaltung beschlossen hatte, die Leistungen neu auszuschreiben. Es wurde eine Bewertungsmatrix erstellt und über das Ausschreibungsverfahren verteilt. Für alle 5 Lose lagen mehrere Angebote vor.

Um die Versorgung der kleineren Einrichtungen in den 4 Ortschaften attraktiver für Anbieter zu gestalten, hat sich die Stadt Plauen dazu entschlossen, diese in gesonderten Losen (2-5) auszuschreiben.

Im Einzelnen heißt das:

Die 6 großen Kindertageseinrichtungen Buratino, Kosmonaut, Regenbogen Elsteraue, Son-

nenblume, Sonnenkäfer und Mäuseburg werden weiterhin von der Firma Vielfalt Menü beliefert, die jedoch den Service neu aufstellt. Die Servicekräfte vor Ort werden vom neuen Serviceanbieter, dem Sportlerwirt Klingenthal, gestellt. Man ist überzeugt, dass die Serviceleistung jetzt reibungsloser funktionieren wird. Der Endpreis pro Portion liegt bei 4,36 Euro

Die Kindertageseinrichtungen Teddy Stöckigt, Flohzirkus Kauschwitz und Kita Am Burgteich in Thiergarten werden künftig von Fa. MF Speisenservice GmbH, näher bekannt als Elli Spirelli aus Hohenstein-Ernstthal beliefert. Der Preis und die Qualität waren ebenfalls überzeugend. Der Endpreis beläuft sich auf 4,70 Euro pro Portion.

Für die Kita Kemmlerzwerge in Oberlosa erhält die Fa. Papiermühle Leubnitz Catering by Michael Frost, Rosenbach, den Zuschlag. Hier ergeben sich Synergien mit der künftigen Versorgung der Grundschule Oberlosa durch den selben Anbieter. Mit 4,00 Euro pro Portion ist das auch der günstigste Preis aus den 5 Losen.

Die Stadtverwaltung ist froh, die Eltern durch einen günstigen Preis etwas entlasten und gleichzeitig eine stabile Versorgung gewährleisten zu können. Die Preisunterschiede zwischen den Losen erklären sich natürlich mit unterschiedlichen Größen der Einrichtungen und den Kalkulationen der Anbieter.

Ab 1. September wird wieder eine Servicekraft in allen Einrichtungen gestellt, um die Ausgabe, den Aufwasch und die damit zusammenhängenden Leistungen zu übernehmen. Alle Anbieter haben eigene Bestellsysteme, sodass Online- bzw. App-Lösung sowie eine Hotline angeboten werden, um das Essen zu- oder abzubestellen. Ferner haben alle Anbieter erklärt, eventuell noch vorhandenes Servicepersonal übernehmen zu wollen.

Herr Bürgermeister Kämpf dankt Herrn Hoffmann für seine detaillierten Ausführungen und fügt hinzu, dass es zukünftig keine getrennten Verträge zwischen Service- und Essensanbieter geben wird. Das Risiko unterschiedlicher Kündigungen ist somit nicht mehr gegeben.

Herr Hoffmann ergänzt, dass die max. Laufzeit auf 5 Jahre festgelegt ist, demnach bis zum 31.08.2028. Eine Kündigung ist immer jährlich möglich. Im ersten Jahr gelten die Festpreise, demnach wäre frühestens ab 01.09.2024 eine Preiserhöhung möglich. Durch eine vertragliche Klausel soll dann aber neu verhandelt werden, sodass die Anbieter ihre Kostensteigerung nachweisen müssen.

Herr Stadtrat Eric Holtschke, SGI-Fraktion, bedankt sich für die deutliche Einsparung für die Eltern.

6. Antrag der CDU-Fraktion - Vorstellung der Arbeit der Mobilen Jugendarbeit Plauen e.V. - Reg.-Nr. 337-23 - Berichterstattung durch Vertreter des Vereins Mobile Jugendarbeit Plauen e.V. (MJA Plauen e.V.)

Herr Stadtrat Prof. Dr. Dirk Stenzel, CDU-Fraktion, stellt den Antrag, **Reg.-Nr. 337-23** vor. Dabei geht nicht um Kritik. Es herrscht nun mal eine besondere Situation in Plauen. Er wünscht sich, dass etwas präventiv unternommen wird. Durch die Kombination aus Repression und der Prävention, könnte die Situation durchaus verbessert werden. Er würde sich freuen, wenn alle Stadträte an einem Strang ziehen.

Herr Bürgermeister Kämpf begrüßt an dieser Stelle Frau Anja Merkel von der Mobilen Jugendarbeit e.V. und bittet sie um Berichterstattung gemäß dem Antrag der CDU-Fraktion.

Frau Anja Merkel berichtet über den Arbeitsansatz der MJA Plauen e.V. und geht dabei im Besonderen auf die Fragestellungen des CDU-Antrages ein.

Der Arbeitsansatz der MJA existiert seit den 70er Jahren deutschlandweit. In Plauen wurde es seit 1992 über das Aktionsprogramm gegen „Aggression und Gewalt“ initiiert. Seit 1999 angesiedelt in MJA Plauen e.V., finanziert über Landkreis und kofinanziert durch die Stadt

Plauen sowie Eigenmitteln des Trägers, ist es ein fester Bestandteil in der Jugendhilfeplanung des Landkreises.

- Zielgruppe: Junge Menschen zwischen 14 und 27 Jahren, die von herkömmlichen Angeboten nicht erreicht werden bzw. sich in besonderen Lebenslagen befinden.
- Kernauftrag: Jugendpolitische Arbeit leisten, für die Belange der Jugendlichen stark machen und in den Gremien vertreten.
- Methoden: Streetwork, Cliquen-/ Szenearbeit, Einzelarbeit, Gemeinwesenarbeit (einschließlich Vernetzung).
- Prinzipien: Freiwilligkeit, Vertraulichkeit, Zusammenarbeit auf Augenhöhe.
- Personelle Besetzung: 4 hauptamtliche Mitarbeiter x 0,9 VzÄ (gesamt 3,6 VzÄ).
- Grundsätzlich für Plauen zuständig, aber Kapazitäten reichen nur knapp für Schwerpunktgebiete (Stadtteile mit größtem Bedarf) – derzeit Stadtgebiet Mitte/ Zentrum und Stadtteil Haselbrunn
- Im Stadtteil Haselbrunn zurzeit: Streetwork, Kontaktzeiten im MJA-Garten, Einzelarbeit, Gemeinwesenarbeit.
- Aktuelle finanzielle Situation: Haushaltsjahr 2023 noch nicht beschlossen, finanzieren sich derzeit über Abschlagszahlungen des Landkreises.

Aktueller Stand im Stadtzentrum:

- Streetwork mehrmals wöchentlich, zum Teil mit Fahrzeug, momentan liegt der Hauptschwerpunkt am Tunnel, weitere Trefforte junger Menschen (Komturhof, Elsterbrücke, Dittrichplatz usw.) können aufgrund der Bedarfe am Tunnel nur sporadisch bzw. nachrangig aufgesucht werden.
- Angebote am Tunnel: Begegnung, Spiel, Sport, Beschäftigung, wird rege genutzt. Aber hauptsächlich gebunden in Einzelberatungen, Krisenintervention, Ausstattung wie „rollende Beratungsstelle“. Dauerberatung teilweise über Stunden.
- Anfragen von Bürgerinnen und Bürgern, auch Erwachsenen haben ebenfalls zugenommen, die nach Unterstützung suchen, aber auch über die Arbeit der MJA etwas erfahren wollen oder auch Kritik üben.
- Einzelarbeit: Folgetermine im Büro, auf Ämtern und Behörden und Anlaufstellen als Fortsetzung der Beratungsarbeit vom Tunnel, darüber hinaus weitere Anfragen von Jugendlichen aus anderen Sozialkonstrukten, die teils intensive Begleitung und Unterstützung benötigen.
- Gemeinwesenarbeit: Kontakte mit interessierten Bürgerschaft vor Ort, Mitwirkung bei Veranstaltungen und Projekten (Fokussierung auf Bezug zur MJA), intensivierete Netzwerkarbeit spielt seit diesem Jahr eine ganz besondere Rolle (AG Drogen, Netzwerk Migration, Jugendhilfeplanung und MJA im Vogtlandkreis), Abstimmung mit zahlreichen Trägern/Organisationen zur Verbesserung der Lebenssituation der Jugendlichen.
- Der Beratungsbedarf ist hoch und weiter steigend. Es muss in den Beratungseinrichtungen, Behörden und Ämtern thematisiert werden. Die Mitarbeiter sind am Limit.

Problemlagen in der Arbeit:

- MJA fängt im Stadtzentrum umfassendes Abbild der einheimischen und zugewanderten Jugendlichen ab.
- Die Sozialarbeiter sehen Jugendliche, die sehr viel Motivation und zum Teil keine so abstrusen Vorstellungen von ihrem Leben haben, sie wollen Frieden, wollen eine Ausbildung machen, Einkommen, wollen ihre Kinder versorgen. Vorstellung, dass Jugend völlig aus dem Ruder läuft, kann MJA nicht bestätigen.
- Die Sozialarbeiter erleben jedoch auch Verzweiflung, Angst, Überlastung, Ratlosigkeit bei jungen Menschen zunehmend nach Corona und durch die Kriegsereignisse in der Ukraine, dies wird auch von zahlreichen anderen Akteuren bestätigt.
- Themen: Steigende Armut, psychische Belastungen, Angststörungen, Depressionen,

Existenzängste, überforderte Hilfeangebote (personelle Engpässe, zunehmende Bedarfe), überbordende Bürokratie/teils Handlungslähmung der öffentlichen Einrichtungen und Einrichtungen der Daseinsfürsorge.

- Die psychische Gesundheit mancher Jugendlichen ist sehr instabil geworden.
- Fehlende hausärztliche Versorgung, psychologische und psychiatrische Versorgung spiegelt sich bei vielen Jugendlichen wieder. Maßnahmen sind dringend notwendig.
- MJA gerät durch die überbordenden Anfragen an ihre Grenzen, hat pädagogischen und jugendpolitischen Auftrag, widmet sich aber immer mehr der Krisenintervention, Alltagsberatungen und der Einzelarbeit.
- Weiter wird oft festgestellt, dass zugewanderte junge Menschen Arbeit suchen und auch finden, jedoch oft in prekäre Arbeitsverhältnisse geraten und Hilfe suchen.

Erfolge der Arbeit/ Integration:

- Wie bereits erwähnt, möchten junge Menschen größtenteils zufrieden leben, wollen Ausbildung, Arbeit, gutes Auskommen, gesicherte Existenz, Kontakte und Beziehungen pflegen, wünschen sich Frieden und weniger Krisen.
- Zahlreiche junge Menschen nehmen Angebote der MJA wahr, fragen nach Unterstützung, wollen ihre Angelegenheiten trotz aller Belastungen und Hemmnisse klären, sind dem Grunde nach hoch motiviert.
- MJA leistet Beitrag, dass sich Lebenssituationen stabilisieren, Jugendliche selbstständig agieren können.
- Mit aufsuchender Arbeit werden Begegnungen ermöglicht, Kulturen lernen sich kennen und verstehen.
- Wertschätzung der MJA gegenüber den jungen Menschen wirkt als Vorbild für den Umgang miteinander.
- Agieren der MJA verschafft Jugendlichen Stabilität in der Existenzsicherung, darauf aufbauend kann Weiterentwicklung des jungen Menschen erfolgen (eigener Wohnraum, Berufsorientierung, Eigenständigkeit).
- Arbeit im Gemeinwesen sorgt dafür, dass Bürgerinnen und Bürger informiert sind, sich einbringen können aber auch sensibilisiert werden.
- Netzwerkarbeit der MJA bringt Probleme auf den Tisch, offener Umgang mit anstehenden, aktuellen Themen, gemeinschaftliches und abgestimmtes Vorgehen aller Akteure.

Jedoch werden Erfolge auch unterschiedlich definiert:

- Junge Menschen signalisieren, dass es wichtig ist, dass MJA für sie da ist und sie wissen, wohin sie sich wenden können, wollen vertrauensvollen Ansprechpartner.
- MJA wertet es als Erfolg, wenn sich junge Menschen entwickeln, eigenverantwortlich handeln können, selbstbestimmtes Leben führen können.
- Die Bürgerinnen und Bürger wollen, dass „Jugendliche von der Straße geholt werden“.
- Kommunalpolitik, Verwaltung oder andere sehen es möglicherweise als Erfolg, wenn MJA für Ordnung und Sicherheit am Tunnel sorgt.
- **Aber:** Soziale Arbeit/Jugendhilfe hat keinen ordnungspolitischen Auftrag und darf solche Aufträge auch nicht annehmen, da so der vertrauensvolle Zugang zu der Zielgruppe unmöglich wird.

Defizite:

- Leben der jungen Menschen ändert sich ständig, immer neue Krisen und Katastrophen, die die Jugendlichen überfordern oder resignieren lassen.
- Über ein normales Maß hinausgehende Bürokratie, unklare Verhältnisse, Anforderungen, Ansprechpartner nehmen Zeit und Luft für pädagogische Weiterentwicklung.
- Mangelnde Wertschätzung der Leistungen, die junge Menschen zeigen, mangelnde Würdigung der Belastungen, denen Jugendliche ausgesetzt sind.
- Es herrscht teilweise ein sehr differenziertes Bild von den jungen Menschen. Die

Jugendlichen werden von den Erwachsenen nicht mehr wahrgenommen.

- Gerade während Corona mussten die Jugendlichen die Beschränkungen aushalten. Durch Frust und Unsicherheit befinden sich nach Corona viele Jugendlichen in einer tiefen Krise, wo sie selbst nicht mehr herausfinden, ebenso berichten viele Schulen über Anstieg von Gewaltpotenzial.

Geplante Konzepte/Vorhaben 2023:

- Wenig Spielraum für neue Vorhaben, die Arbeit der klassischen MJA ist und bleibt passgenau.
- MJA muss sich mehr Kapazitäten verschaffen, mehr priorisieren, kann weniger Ausfallbürge für andere überlastete Einrichtungen sein, Netzwerkarbeit weiter vorantreiben, Partner ins Boot holen.
→ Behördenformalitäten (z.B. Jobcenter) nehmen viel Zeit in Anspruch, MJA kann das auf Dauer nicht leisten. **Wunsch:** Rechte- und Pflichten der einzelnen Behörden müssen mehr thematisiert werden.
- Anfragen für Projekte, Veranstaltungen müssen ebenfalls priorisiert werden.
- Angebot zeitgemäß: Ja! MJA ist das Angebot, welches nah an der Lebensrealität der Jugendlichen andockt, MJA ist gefragter als je zuvor.
- MJA muss sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren, für die Themen Gesundheit, Drogen, Sucht wo man gern in die Tiefe gehen möchte, sind die Kapazitäten jedoch sehr beschränkt.

Zusammenarbeit mit der Verwaltung/ Behörden:

- Grundsätzlich gut, keine Einrichtung verschließt sich vor den Anliegen der MJA und den Problemlagen der Jugendlichen, grundsätzliche Gesprächsbereitschaft.
- Bürokratie ist Hauptproblem, an dem einzelne Sachbearbeiter nichts ändern können.
- Zugang der jungen Menschen zu Ämtern und Behörden hat sich etwas gebessert, es war nach Corona ein großes Problem, die Jugendlichen wurden teilweise abgewiesen, nur Formulare ausgehändigt, auf Hotline und Online-Angebote verwiesen – junge Menschen brauchen aber persönliche Ansprechpartner, um verschiedene Formalitäten klären zu können.

Wieviel nutzen das Angebot?

- Kontaktzeit am Tunnel/Streetwork: mindestens 20, oftmals bis zu 50 Personen pro Kontaktzeit, davon zwischen 5 und 15 Einzelberatungen.
- Weitere Gruppen werden entsprechend der Kapazität am Komturhof, Elsterbrücke, Dittrichplatz und am Julius Mosen Denkmal aufgesucht: Gruppen zwischen 5 und 20 Jugendlichen, zahlreiche Erwachsene sind ebenfalls vor Ort und signalisieren Bedarf.
- 25-30 laufende Einzelfälle mit wiederkehrenden Terminen und langfristiger Zusammenarbeit.
- MJA betreut Jugendliche aus 16 Nationen und mehr.
- Sprachbarrieren: keine großartigen Sprachprobleme zu verzeichnen, Jugendliche lernen schnell, obwohl Deutschkurse/Integrationskurse fehlen, vor Ort gegenseitige Hilfe und Übersetzung, ggf. Google-Translator oder fernmündliche Übersetzung, schwierig wird es bei deutschen Bürokratiebegriffen.

Die Meinung der Jugendlichen im Stadtzentrum sind sehr unterschiedlich. Natürlich wünschen sich die Jugendlichen mehr Sicherheit, auch die Bestreifung am Tunnel wird teilweise gewünscht. Bei der Alkoholverbotzone gehen die Meinungen stark auseinander.

Die Jugendlichen finden die Situation am Tunnel auch schlimm, wünschen sich dennoch eine differenzierte Betrachtung (ist es ein grundlegendes Problem oder nur Vorkommnisse, die durch Konflikte außerhalb vom Stadtzentrum entstanden sind und nur dort ausgetragen werden).

Die interkulturelle Arbeit funktioniert gut, viele junge Migranten möchten sich integrieren,

möchten arbeiten, möchten sich einbringen. Natürlich gibt es auch Einzelfälle, wo die Jugendlichen keiner Tätigkeit nachgehen möchten. Dennoch gibt es zahlreiche Beispiele, dass die Integration bereits gut funktioniert. Das Bild, das in der Öffentlichkeit dargestellt wird, stellt sich uns anders dar, so Frau Merkel abschließend.

Herr Bürgermeister Kämpf dankt Frau Merkel für den ausführlichen Vortrag.

Herr Stadtrat Prof. Dr. Dirk Stenzel, CDU-Fraktion, bedankt sich ebenfalls für die umfangreichen Ausführungen. Er ist froh, dass seine Fraktion den Antrag gestellt hat. Daraus kann man viele Erkenntnisse gewinnen. Es ist wichtig zu wissen, wo noch Probleme bestehen und wie man am besten bei der Lösung dieser nachsteuern kann.

Herr Sebastian Loik, sachkundiger Einwohner, kann sich den Ausführungen von Frau Merkel nur anschließen. In seiner Arbeit als Betreuer empfindet er die Situation manchmal sehr frustrierend.

Die Problematik hört bekanntlich nun nicht mit 27 Jahren auf. Er möchte von Frau Merkel wissen, ob der Bedarf junger Erwachsener ab 27 Jahren besteht. Ferner fragt er nach, ob die MJA einschätzen kann, ob die Mitarbeiter des Sozialdienstes des Landratsamtes aktiv am Tunnel unterwegs waren und Leute angesprochen haben, die Unterstützung benötigen.

Frau Merkel, MJA Plauen e.V., sagt, dass trotz der Unterstützung bis 27 Jahren ein Übergang folgt. Wenn Menschen Fragen haben, bekommen sie auch eine Antwort, dennoch müssen wir die Unterstützung begrenzen, so Frau Merkel weiter.

Frau Merkel stellt fest, dass der Bedarf an Hilfestellungen bei Erwachsenen massiv zugenommen hat, die Hilfeleistungen dagegen jedoch sehr begrenzt sind. MJA kann dies nicht leisten und vermittelt den Kontakt an die Diakonie oder Caritas, die Sozialberatungen für die Erwachsenen anbieten. Für die Erwachsenen fehlen jedoch die Ansprechpartner auf der Straße, von den Angeboten werden die Erwachsenen schlussendlich nicht so gut erreicht, hält Frau Merkel fest. Dass die Sozialarbeiter des Landratsamtes aktiv auf die Menschen zugehen und Hilfe anbieten, kann sie weder bestätigen noch ausschließen, da die MJA nicht jeden Tag im Stadtzentrum ist.

Frau Richter-Wehnert, sachkundige Einwohnerin, möchte wissen, wie häufig die Kontaktzeiten angeboten werden, wie lange diese sind und zu welcher Tageszeit.

Frau Merkel erklärt, dass die festen Kontaktzeiten jede Woche dienstags und donnerstags sind. Da ist die MJA ab 16:00 Uhr, meistens jedoch schon eher mit dem Bus vor Ort. Teilweise zieht sich die Arbeit bis 19:00/20:00 Uhr. Letztes Jahr hatten wir Zeiten, da waren wir sogar bis 21:30 Uhr vor Ort, so Frau Merkel weiter. Darüber hinaus gibt es auch sporadische Einsätze, wo man auch ohne den Bus unterwegs ist, um mit den Jugendlichen in Kontakt zu kommen, sich als MJA vorzustellen, gerade bei neuen Gruppenbildungen ist es immens wichtig.

Herr Stadtrat Christian Hermann, SGI-Fraktion, kommt auf die Schwierigkeiten mit der Finanzierung ab 2024 zurück und möchte erfahren, warum es noch keinen Bescheid für das Haushaltsjahr 2024 gibt und ob es mit der Bescheiderteilung in den Vorjahren besser lief. Ferner erwähnt er, dass der erhöhte Beratungsbedarf in der Sozialarbeit schon vor ein paar Jahren festgestellt wurde. Damals habe man ein Kompromiss gefunden und das Projekt „Tunnel-Kultur“ als zusätzliche Förderung bei der Mobilen Jugendarbeit beschlossen, das jedoch im letzten Jahr wieder aus der Finanzierung rausgefallen ist. Wir haben das als Fraktion kritisiert, jedoch auch eine Rückmeldung erhalten, dass die MJA dies nicht leisten kann.

Seiner Ansicht nach, wäre eine Rückmeldung wichtig gewesen, um zu erfahren woran es konkret lag und wie sich es die MJA anders wünscht. Weiter möchte er wissen, wie die MJA das Projekt „BeTREFF“ einschätzt und ob es langfristig eine gute Maßnahme darstellt.

Frau Merkel erläutert, dass die MJA als Träger entschieden hat das Projekt „Tunnel-Kultur“ zu beenden. 2019 ist das Projekt mit Verspätung gestartet. Das Projekt lief zunächst 2 Jahre. Dann hat die Sächsische Aufbaubank mitgeteilt, dass für das Jahr 2021 keine Fördermittel mehr zur Verfügung stehen. Durch die unklare Finanzierung kam es zu einer langen Unterbrechung des Projektes. Der Grund für die Beendigung war der, dass wir als Träger aufgrund der unklaren Finanzierungslage und der jährlichen Beantragung der Fördermittel immer wieder befristete Arbeitsverträge anbieten mussten, so Frau Merkel weiter. Dies ist mit der Philosophie des Vereins keineswegs dauerhaft vereinbar. Viele Kapazitäten mussten aufgebracht werden, um als Träger die Rahmenbedingungen gewährleisten zu können.

Die MJA e.V. wünscht sich eine Regelfinanzierung in der Jugendhilfe, damit die Fördermittel nicht jedes Mal neu beantragt werden müssen.

Derzeit liegt der Bewilligungsbescheid für 2024 noch nicht vor. Es ist Normalzustand, so Frau Merkel.

Es gab Jahre, wo der Bescheid erst im Oktober zugestellt wurde. Die Gründe dafür sind unterschiedlich. Entweder war das Haushalt war noch nicht genehmigt oder es lag manchmal an den strittigen Angaben im Antrag. Eine vorläufige Lösung mit den Abschlagszahlungen gibt es immer, sodass man die 80 % bekommt.

Zwecks dem Projekt „BeTREFF“ steht die MJA im engen Austausch mit Herrn Zabel. Es gibt viele Ideen, die Nutzung würde sicher Vielen zugutekommen. Das Projekt wird von der MJA begrüßt, dennoch ist man in Hinblick auf nur eine Fachkraft-Stelle sehr skeptisch. Wenn das Projekt gut angenommen wird, reicht eine Fachkraft definitiv nicht aus.

Herr Stadtrat Mario Dieke, AfD-Fraktion, bedankt sich für die Ausführungen und das Engagement. Die öffentliche Wahrnehmung über die ständig ausgegrenzten Jugendlichen ist nun mal anders. Seiner Ansicht nach wird nicht viel unternommen, um die Jugendlichen in Ausbildungs- oder Arbeitsverhältnis zu bringen. Das sollte jedoch das Ziel sein.

Frau Merkel antwortet, dass die Jugendlichen schon diese klassischen Vorstellungen haben, eine Ausbildung zu machen und anschließend zu arbeiten. Viele Jugendliche sind jedoch weit davon entfernt. Vielmehr geht es teilweise um Stabilisierung und Schaffung von Strukturen. Natürlich unterstützt die MJA die Jugendlichen bei der Suche nach einer Ausbildung oder einem Arbeitsplatz. Bei den jungen Migranten ist das Problem, dass sie oft keine Ausbildungsreife haben. Die öffentliche Wahrnehmung ist oft paradox. Die Jugendlichen stehen unter einem enormen sozialen Druck untereinander. Es gibt viele Jugendlichen, die zwar ganz schick aussehen, jedoch in ganz vielen Krisen stecken, so Frau Merkel weiter.

Frau Therese Langhof-Thomas, sachkundige Einwohnerin, ihr ist bekannt, dass alleinstehende ältere Damen Angst haben, nach einem Theaterbesuch allein nach Hause zu gehen. Sie hat großen Respekt vor der Arbeit der MJA. Es ist auch jedem bekannt, dass die Menschen alle aus den schwierigen Verhältnissen kommen, dennoch gibt es Regeln im menschlichen Zusammenleben, die für alle Menschen gleichermaßen gelten. Persönlich ist sie der Ansicht, dass die Integration nur über die Sprache gelingen kann. Sie regt an, die jungen Migranten eventuell über die Sportvereine in die Integration einzubeziehen.

Frau Merkel merkt an, dass die älteren Menschen durch die örtliche Presse massiv beeinflusst werden, anstatt sich ein eigenes Bild zu machen. Viele Bürger sind wohlwollend, andere wiederum kritisieren öffentlich die Migranten. Die MJA kann der Bevölkerung die Ängste nicht nehmen.

Frau Stadträtin Dina Zierold, SGI-Fraktion, ergänzt, dass es immer eine wahrgenommene und eine reelle Sicherheit gibt. Die Menschen, die am wenigsten gefährdet sind, haben dennoch Angst. Es gibt die Gefährdungslage über die offen gesprochen werden muss, dennoch regt sie an, dass sich sowohl die Presse als auch der Stadtrat und die Verwaltung um eine differenzierte Berichterstattung bemühen müssen. Man soll die Bevölkerung mitnehmen, aber keine

Angst schüren. Schlussendlich bedankt sie sich bei Frau Merkel für die geleistete Arbeit. Weiter möchte sie wissen, wie das Projekt BeTREFF ausgestaltet werden soll. Sie wünscht sich auch, dass die Erfahrungen der MJA mehr in die Öffentlichkeit gelangen.

Herr Bürgermeister Kämpf fügt hinzu, dass es noch einen Antrag seitens der SGI-Fraktion gibt. In diesem Zusammenhang wird das Projekt dann detailliert vorgestellt.

Frau Stadträtin Uta Seidel, Fraktion DIE LINKE., bedauert, dass noch kein Bescheid erteilt wurde und hofft, dass dieser nun in den nächsten Tagen zugestellt wird. Im letzten Jugendhilfeausschuss hat sie angeregt die MJA mit einer weiteren Personalkraft aufzustocken. Aufgrund der angespannten Haushaltsklage wird dies jedoch in nächster Zeit nicht möglich sein. Auch wenn das Land Sachsen viel für die Jugendhilfe ausgibt, wäre in manchen Bereichen noch mehr notwendig. Das Beratungsangebot der MJA ist so umfangreich geworden, sodass dies mit einer Stelle nicht abgedeckt werden kann.

Herr Bürgermeister Kämpf ist dankbar für den Einsatz der MJA. Er sagt, dass die vorhandenen Kapazitäten durch viel Bürokratie belastet werden. Wiederum fehlt die Zeit auf der Straße, dafür gilt es Lösungen zu finden, ergänzt er weiter. Er ist im Gespräch mit dem Kreisjugendring in Hinsicht auf die Verbesserung der Bürokratie um Entlastung für Mitarbeiter zu schaffen. Auch ist die Stadtverwaltung in der ORBIT Gruppe vertreten, um auch dort auf verschiedene Aspekte aufmerksam zu machen. Dies ist jedoch ein Prozess, der nicht sofort Wirkung zeigt. Er appelliert an die Öffentlichkeit, die Vereine ehrenamtlich zu unterstützen.

Dennoch kann man die momentane Situation nicht beschönigen, momentan liegt die Herausforderung am Tunnel und an der alten Elsterbrücke. Er bittet daher nochmal zu prüfen, inwiefern temporär möglich ist, gewisse Kapazitäten in diese Bereiche zu verlegen, um da noch mehr präsent zu sein.

7. Vorberatung

7.1. Antrag der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion - Schaffung einer neuen Sozialpädagog:innen-Stelle -, Reg.-Nr. 342-23

Herr Stadtrat Christian Hermann, SGI-Fraktion, stellt den Antrag **Reg.-Nr. 342-23** vor. Über die Begründung zum Antrag wurde heute schon sehr viel diskutiert. Fakt ist, dass es trotz der vielen Angebote an aufsuchender Sozialarbeit mangelt. Es müssen nicht nur repressive, sondern auch präventive Maßnahmen ergriffen werden, so Herr Hermann weiter. Der Antrag wurde schon zur Haushaltsdebatte gestellt. Ferner bedauert er, dass diese inhaltliche Debatte nicht schon eher geführt wurde und teilt mit, dass die Stellungnahme der Verwaltung seine Fraktion nicht zufriedenstellt. Er hofft nun auf weitere Ausführungen seitens der Stadtverwaltung.

Herr Bürgermeister Kämpf teilt mit, dass Herr Hoffmann die Stellungnahme der Verwaltung detailliert vortragen wird. Die Stellungnahme soll jedoch nicht als Ablehnung verstanden werden, sondern in erster Linie der Information dienen, um auch fachlich über die entscheidenden Hintergründe sowie die Verantwortlichkeiten zu informieren.

Herr Eric Hoffmann, Fachbereichsleiter Jugend/Soziales/Schulen/Sport, erklärt, dass die Verwaltung Vorbehalte hat, da es andere Zuständigkeiten und bereits vorhandene Strukturen in der aufsuchenden Arbeit gibt. Daher kann die Stadtverwaltung die Einrichtung solch einer Stelle nicht empfehlen.

Dann trägt er die Stellungnahme der Verwaltung vor. Diese liegt den Ausschussmitgliedern schriftlich vor.

Die Verwaltung sieht den Bedarf, dennoch kann die Stadt Plauen nicht die Zuständigkeiten vom Vogtlandkreis und anderen Behörden übernehmen. Solche Ausgaben würden unseren Haushalt enorm belasten, so Herr Hoffmann weiter.

Herr Bürgermeister Kämpf sagt, die Sozialarbeit ist eine Herzensangelegenheit, man müsse ihn nicht davon überzeugen. Nun gibt es verschiedene Probleme. Das Thema Ordnungsamt fällt in die Zuständigkeit der Stadt Plauen. Das Thema Jugendarbeit ist die Aufgabe des Landkreises. Wir stehen schon mit 15 % Beteiligung ein, weil uns diese Arbeit wichtig ist, so Herr Bürgermeister weiter. Verschiedene Einrichtungen haben die Verpflichtungen zu beraten und unterstützende Arbeit zu leisten, die offensichtlich nicht zufriedenstellend funktioniert. Die Stadt Plauen kann es langfristig finanziell und zeitlich nicht leisten, die Verantwortung des Vogtlandkreises zu übernehmen.

Im Projekt BeTREFF sieht er allerdings eine Chance, da das Vorhaben über die SAB Förderung „Soziale Orte“ für 3 Jahre gesichert wäre. Der Antrag hierfür wird bereits vorbereitet. Hier können Sach- und Personalkosten gefördert werden. Herr Bürgermeister Kämpf sieht es als Vorteil an, da das Projekt nicht nur auf Jugendarbeit beschränkt ist, sondern alle Bevölkerungsgruppen abdecken kann. Zudem haben viele Akteure aus der Mobilien Jugendarbeit, Vereine, Fördergesellschaft, Suchtberatung und Kirchgemeinden ihre Bereitschaft am Projekt mitzuarbeiten, signalisiert.

Selbst wenn diese Stelle nicht unbedingt mit einem Sozialpädagogen ausgestattet werden muss, sieht er in dieser Anlaufstelle am ehesten den Erfolg. Neben dem Café werden Beratungsräume angeboten, wo zielgerichtet unterstützt werden kann, so Herr Bürgermeister Kämpf weiter.

Herr Stadtrat Eric Holtschke, SGI-Fraktion, sagt, dass er das Kompromissangebot des Bürgermeisters gern mit seiner Fraktion diskutieren möchte. Ferner möchte er wissen, ob es korrekt ist, dass das Vorhaben nicht realisiert wird, wenn die Förderung von der SAB nicht kommt.

Herr Frank Zabel, Koordinator Kommunalen Präventionsrat, sagt, die Chancen die Förderung vom Ministerium zu bekommen, stehen gut. Dieses Vorhaben wurde schon langfristig vorbereitet. Der Postplatz als ein Ort des Unwohlseins war bereits aus der Sicherheitsanalyse bekannt. Daher hat er seit einiger Zeit den Kontakt zum Fördermittelgeber, dem Sozialministerium aufgebaut. Das Problem war, dass bisher kein Träger gefunden werden konnte. Mit einem ordentlichen Konzept sind die Chancen auf eine Förderung sehr gut.

Herr Stadtrat Eric Holtschke, SGI-Fraktion, möchte erfahren, bis wann über den Antrag entschieden wird.

Herr Bürgermeister Kämpf antwortet, dass der Antrag bis spätestens 23.06.2023 bei der SAB eingereicht werden muss. Im Herbst könnte man wahrscheinlich mit einer Entscheidung rechnen. Zudem müsse noch Personal gefunden und die Räumlichkeiten eingerichtet werden. Realistisch gesehen, könnte das Projekt ab 01.01.2024 beginnen und für 3 Jahre gefördert werden.

Unabhängig von der Förderung möchte man keine Zeit verstreichen lassen und so sollten über ehrenamtliche Helfer und bereits vorhandene Strukturen schon vorab Angebote geschaffen werden. Zudem können kleine Anschaffungen (z.B. Kicker Tisch) über das ZIZ Projekt gefördert werden. Vorsichtig sollte man dennoch sein, um die Maßnahme nicht zu gefährden.

Eine Strategie, wie es nach 3 Jahren weitergeht, gebe es derzeit noch nicht. Es wäre zielführend, wenn den Kommunen das Geld zur Verfügung gestellt wird und diese selbst entscheiden dürfen wie die Mittel eingesetzt werden, so Herr Bürgermeister Kämpf weiter.

Frau Stadträtin Diana Zierold, SGI-Fraktion, ist der Ansicht, dass ein Signal gesetzt werden muss. Wenn wir Sicherheit in den Städten schaffen wollen, dann brauchen wir aufsuchende Sozialarbeit, so Frau Zierold weiter. Oft wird an dem Thema vorbeidiskutiert. Es wäre an der Zeit zu zeigen, dass der Stadt Plauen dieses Thema wichtig ist, dabei geht es vordergründig nicht um die Zuständigkeiten, kritisiert Frau Zierold weiter.

Herr Bürgermeister Kämpf versichert, dass er und Herr Zabel täglich mit diesen Themen konfrontiert werden. Man arbeite ständig daran Lösungen zu schaffen, obwohl es nicht in den Verantwortungsbereich der Stadtverwaltung fällt. Er bittet Frau Zierold seinen Kompromissvorschlag in ihre Fraktion mitzunehmen und darüber zu beraten.

Frau Stadträtin Uta Seidel, Fraktion DIE LINKE., möchte wissen, warum der Antrag ihrer Fraktion mit der Reg.-Nr. 345-23 heute nicht behandelt wird.

Herr Bürgermeister Kämpf antwortet, dass der Antrag erst am 12.06.2023 eingereicht wurde. Da es zu spät eingegangen ist, konnte der Antrag nicht mehr auf die Tagesordnung gesetzt werden. Er versichert, dass der Antrag nicht vergessen wurde und noch beraten wird.

Frau Stadträtin Uta Seidel, Fraktion DIE LINKE., bittet den Antrag trotzdem vorlesen zu dürfen.

Herr Bürgermeister Kämpf stimmt dem zu.

Frau Stadträtin Uta Seidel, Fraktion DIE LINKE, trägt den Antrag **Reg.-Nr. 345-23** vor. Sie äußert den Wunsch kurzfristig einen Tag der Vereine zu realisieren. Alle Vereine sollten an einen Tisch gebracht und zum Thema sensibilisiert werden.

Über den Vorschlag des Bürgermeisters würde sie gern in ihrer Fraktion beraten. Die Örtlichkeit für das Vorhaben Soziale Ort findet sie gut. Die Finanzierung sollte allerdings eindeutig geklärt werden. Nach Ansicht von Frau Seidel sollte die Finanzierung auf jeden Fall über die Jugendhilfe Vogtlandkreis abgesichert werden.

Herr Bürgermeister Kämpf sagt, auch wenn noch keine Beantwortung vorliegt, so stimmt der Antrag genau mit den bereits vorgetragenen Intuitionen der Stadtverwaltung überein. Was das Zusammenbringen von Vereinen angeht, so gibt es bereits vorhandene Strukturen über den Kommunalen Präventionsrat. In den Plenum Sitzungen des KPR kann sich jeder einbringen, auch die Vereine sind dort anwesend. Ebenfalls werden alle Fraktionen dazu eingeladen. Dennoch haben bei der letzten Sitzung nur wenige Vertreter des Stadtrates teilgenommen. Er versichert, dass sich die Vereine ganz klar für das Vorhaben Soziale Orte ausgesprochen haben. Er appelliert an die Fraktionen den Vereinen, die sich dafür ausgesprochen haben, den Rücken zu stärken.

Schlussendlich fragt Herr Bürgermeister Kämpf, ob die SGI-Fraktion über den Antrag abstimmen lassen möchte oder ob der Antrag nochmals mitgenommen wird.

Herr Stadtrat Eric Holtschke, SGI-Fraktion, teilt mit, dass der Antrag mit dem Kompromissvorschlag des Bürgermeisters nochmal mitgenommen wird.

8. Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

Herr Marko Turger, sachkundiger Einwohner, hat erneut eine Anfrage zum Verkehrsübungsplatz der Verkehrswacht Plauen an der L.-F.-Schönherr-Straße. Er hat festgestellt, dass der Platz in den Vormittagsstunden vorwiegend von Kindern im Grundschulalter rege genutzt wird. Am Nachmittag oder am Wochenende ist der Platz dagegen geschlossen. Er möchte wissen, ob es möglich wäre den Fahrradübungsplatz 1-2-mal im Monat am Sonnabend für 2-3 Stunden zu öffnen. So könnte der Platz von den Eltern mit ihren noch nicht schulfähigen Kindern gegen ein geringes Entgelt genutzt werden. Das wäre auf jeden Fall verkehrssicherer.

Herr Tobias Kämpf, Bürgermeister GB I, sagt, die Verkehrswacht hat die Verantwortung für diesen Platz und kann es personell nur im gewissen Rahmen leisten. Einsatz von mehr Personal kann die Verkehrswacht jedoch nicht abdecken. Daher appelliert er an alle, die Verkehrswacht ehrenamtlich zu unterstützen. Die Verkehrswacht kann derzeit mit den vorhandenen Kapazitäten nicht leisten öfter zu öffnen. Den Platz ohne Aufsicht zugänglich zu machen sei

jedoch aus versicherungsrechtlichen Aspekten nicht möglich.

Frau Theresia Schumann, sachkundige Einwohnerin, bittet die Stadtverwaltung, die Verkehrswacht auf die Ehrenamtsplattform www.ehrensachejetzt.de hinzuweisen. Dort können sie über die Plattform Ehrenamtler suchen und auf sich aufmerksam machen. Wir sind alle dazu angehalten, für diese Plattform zu werben, sodass unsere Plauener Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit haben sich dort zu engagieren, so Frau Schumann weiter.

Herr Tobias Kämpf, Bürgermeister GB I, begrüßt den Vorschlag und bittet Herrn Hoffmann, den Hinweis an die Verkehrswacht weiterzuleiten.

Frau Stadträtin Diana Zierold, SGI-Fraktion, möchte wissen, warum die KPR Sitzung verschoben wurde. Ihr wurde der Termin am 8. Juni 2023 langfristig benannt. Sie beklagt, dass der neue Termin zu kurzfristig war und sie daher nicht teilnehmen konnte. Sie äußert den Wunsch lang angesagte Termine, wie geplant, zu belassen.

Herr Bürgermeister Kämpf kann das so nicht bestätigen. Der Termin als auch die Verschiebung wurden langfristig bekanntgegeben. Er wird es prüfen lassen, wann die Einladung versendet wurde. Grundsätzlich sind Herr Zabel und er als Bürgermeister immer für ein Gespräch offen.

Frau Stadträtin Zierold möchte explizit erfahren, wann die Einladung den Fraktionen zugegangen ist.

Herr Bürgermeister Kämpf nimmt die Anfrage mit und wird diese durch Herrn Zabel zeitnah beantworten lassen. Seiner Kenntnis nach wurden die Einladungen am 31.05.2023 versendet. 2 Wochen als Vorbereitungszeit sind daher in Ordnung.

Frau Uta Seidel, Fraktion DIE LINKE., möchte wissen, ob das Kinder- und Jugendhaus eSeF in den Sommerferien zusätzlich öffnen kann.

Herr Bürgermeister Kämpf antwortet, dass das KJH eSeF zum aktuellen Zeitpunkt nicht leisten kann die Öffnungszeiten zu erweitern. Jedoch hat er die Leiterin von eSeF beauftragt ein Konzept zu erarbeiten, wie zukünftig Angebote an den Wochenenden sowie in den Ferien gemacht werden können.

Plauen, den

Plauen, den

Herr Tobias Kämpf
Bürgermeister GB I

Frau Uta Seidel
Stadträtin

Plauen, den

Plauen, den

Frau Ellen Rotaj
Schriftführerin

Herr Prof. Dr. Dirk Stenzel
Stadtrat